




DIE GRÜNEN

DER GRÜNSPECHT

Die Zeitung der GRÜNEN Ried / lfd. Nr. 87 / Winter 2006



AUS DEM INHALT:

Schwerpunkt Integration	2
Keine Polemik!	3
Integrationsleitbild	4
Frauenberatung	5
Umweltthemen	6
Nach der Wahl	7
Lebensmitteltipps	8

Impressum:

Die GRÜNEN Ried
Bahnhofstraße 20/1, 4910 Ried im Innkreis
Tel./Fax.: 07752/87483, e-mail: ried@gruene.at
www.ried.gruene.at
Redaktionsteam:
Max Gramberger, Dr. Wolfgang Pirker
Fotos: Die GRÜNEN RIED

Druck: Schusterbauers Druckservice
Griesgasse 6a, 4910 Ried im Innkreis
www.schusterbauer.cc

Liebe Leserinnen und Leser!

Redaktionsschluss für unseren Grünspecht und kein Winter in Sicht. In Ried kein Problem, denn Heiz- und Schneeräumkosten sollen ruhig niedrig bleiben, aber die Wintersportorte klagen über deutliche Einbußen in der Vorsaison. Ein langsamer Klimawandel wird von immer mehr Menschen für möglich gehalten. Persönliche oder politische Konsequenzen zu ziehen, das geschieht dennoch eher nur in Ausnahmefällen.

Vor kurzem wurde in der AK Ried der Film „Unser täglich Brot“ gezeigt. Dabei wurde uns wieder bewusst, wie notwendig es ist, neue Motivation zu tanken für kritisches Konsumieren, also regionale und biologische Produkte zu bevorzugen oder ganz einfach darüber nachzudenken, wofür wir unser Geld ausgeben. Denn wir haben als KonsumentInnen mehr Macht als wir oft glauben wollen.

Auch in diesen Grünspecht haben wir wieder ein buntes Spektrum grüner Themen verpackt und hoffen, dass etwas dabei ist, was Sie interessiert oder zum Nachdenken anregt. Weil es uns ein Bedürfnis ist, aus aktuellen Anlässen und als weihnachtliches Thema, widmen wir der Integration den Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Wir wünschen Ihnen einige ruhige Tage, in denen Sie Zeit haben für das, was Ihnen wesentlich ist in Ihrem Leben.

Friedliche Festtage!

Die Rieder GRÜNEN



Gemeinderat Max Gramberger

Thema Integration Tag der offenen Tür bei ATIB

Samstag, 25. November: Am Vorplatz des ehemaligen Versteigerungsbäudes in der Bahnhofstraße herrscht reges Treiben.

Männer, Frauen und Kinder sind festlich gekleidet, Tische mit türkischen Spezialitäten, Handarbeiten und Importprodukten sind aufgestellt. Besonders das Angebot an hausgemachten Kuchen, Torten und sonstigen Süßspeisen ist überwältigend. Und natürlich findet sich auch ein rauchender Kebabgrill. Die Fladenbrote dazu werden gleich nebenan von einer Gruppe Frauen in Gemeinschaftsarbeit hergestellt.

Ich stelle mein Rad ab und werde sofort von einem gepflegten jungen Herrn im Anzug in akzentfreiem Deutsch begrüßt. Wie sich gleich herausstellt, handelt es sich bei Erol um einen ehemaligen Schüler von mir, der es in der Zwischenzeit zu einer leitenden Position bei FACC gebracht hat und sich im Verein ATIB, der heute den ersten Tag der offenen Tür veranstaltet, um die Burschen ab 10 Jahren annimmt. Seine optimistische Einschätzung über die Perspektiven der Jugendlichen kann ich allerdings nicht teilen, was ihn ziemlich nachdenklich stimmt und uns über mögliche Lösungsansätze diskutieren lässt. Ich erlebe eine große Offenheit und Engagement von seiner Seite. Und ich stelle das fest, was mir immer wieder in diesen beiden Stunden klar wird und bei uns heißt: Durchs Red'n kemman d'Leit z'samm! Angst macht das, was ich nicht kenne. In der Begegnung, im Gespräch baue ich Vertrauen und Wertschätzung auf, ich lerne

den Standpunkt meines Gegenübers kennen und verstehe ihn/sie so besser.

Gut gelingt das dort, wo ich mich verständigen kann. Über das Problem der mangelnden Sprachkenntnisse speziell bei Frauen sprechen ich und die anderen Gäste an diesem Tag sehr häufig. Es ist vielen meiner GesprächspartnerInnen bewusst. Ob es allerdings auch denjenigen klar ist, mit denen ich mich nicht unerhalten kann?

Unsere Landtagsabgeordnete Maria Wageneder ist ebenfalls gekommen. Sie spricht bei jeder Möglichkeit das Thema Sprachticket (siehe Artikel rechts) an. Die ATIB-Verantwortlichen sichern ihr auch zu, dieses weiterzuempfehlen.

Eine ganze Reihe von Ehrengästen, unter ihnen Bezirkshauptmann Dr. Franz Pumberger, AMS-Leiter Gerhard Straßer und Wohnungsausschussobmann Franz Kaufmann treffe ich während der Zeit meines Besuches an. Sie nutzen die Gelegenheit auch, um kritische Fragen zu Integrationsthemen zu diskutieren. Gleichzeitig spürt man immer wieder die herzliche Gastfreundschaft der Menschen, die sich hier einen kommunikativen aber auch religiösen Treffpunkt geschaffen haben. Hinter dem großen Raum, in dem sich vor allem ältere Männer unterhalten, liegt der Gebetsraum, auch als Moschee bezeichnet. Nach außen hin ist sie aber nicht erkennbar. Dort versammeln sich die Moslems zum Gebet, vorne die Männer, dahinter die Frauen. Die Männer sollen beim Beten nicht durch den Anblick der Frauen abgelenkt werden!

Ich treffe auch einige LehrerkollegInnen türkischer Abstammung. Herr Izzet Öztürk unterrichtet im Schärddinger Bezirk Türkisch, fast alle Kinder türkischer Abstammung besuchen seinen Unterricht. Da fällt mir sofort jene Studie ein, die besagt, dass die beste Voraussetzung für das Erlernen einer Zweitsprache das Beherrschen der Muttersprache ist.

Dann ist da noch Frau Oya Babayigit, die

Volksschullehrerin ist. Sie hat in Österreich die PÄDAK gemacht und auch schon mehrere Jahre lang unterrichtet. Auch mit ihr besprechen wir wieder das Sprachthema. Sie ist gerade dabei, einen Kurs zu organisieren, der sich speziell an die Frauen richtet. Diese würden bei herkömmlichen Kursen schnell überfordert, da ihr Bildungsniveau manchmal niedrig sei und sie den österreichischen KursleiterInnen nicht folgen könnten. Auch ihr ist klar, wie wichtig die Sprache für ein gutes Zusammenleben ist.

Nach zwei Stunden intensiven Gedankenaustausches fahre ich mit einem Karton verschiedenster Leckereien und vielen interessanten Eindrücken heim.

ATIB ist ein Verein für die kulturelle und soziale Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Österreich. Er wird von der türkischen Regierung unterstützt. Diese bezahlt auch einen islamischen Geistlichen, einen Imam, der sich um das religiöse Leben kümmert. Neben dem Abhalten der religiösen Übungen dient der Verein aber auch als Treffpunkt – vor allem für die Männer, aber auch für die Frauen. Der Verein in Ried hat vor etwa zwei Jahren die Parzelle mit der ehemaligen Versteigerungshalle erworben und adaptiert.

Sprachkurse im Kindergarten

Den Kindergarten zu besuchen und die Landessprache zu verstehen, ist für Kinder mit Migrationshintergrund auch eine wichtige Voraussetzung für Integration und einen erfolgreichen Schulstart.

Nun bietet das Land Oberösterreich erste flächendeckende Maßnahmen zur Sprachförderung von SchulanfängerInnen. Im Bezirk Ried besuchen derzeit 185 Kinder mit nicht deutscher Erstsprache einen Kindergarten. Das sind gut 11 Prozent der gesamten Kindergartenkinder des Bezirkes. Damit liegt der Anteil der Kinder im Bezirk, die zu Hause nicht deutsch sprechen, oberösterreichweit an zehnter Stelle. Von diesen 185 Kindern des Bezirkes mit nicht deutscher Erstsprache erhielten 44 vor einem Jahr bei der Schuleinschreibung ein „Sprachticket“. Am 22. November dieses Jahr fand in Ried die vorgezogene Einschreibung für die SchulanfängerInnen 2007 statt. 110 Kinder sollen nach einer Aufstellung des Landes OÖ in Ried ab Herbst 2007 mit der Schule beginnen. Von diesen Kindern erhielten nun vorläufig 21 ein Sprachticket. Der Sozialausschuss der Stadt bekannte sich



Austausch unter KollegInnen: v. l. Wageneder, Öztürk, Babayigit, Gramberger

einstimmig zur Mitfinanzierung der neuen Sprachfördermaßnahmen. Deshalb erhalten diese Kinder in Rieds Kindergärten von Jänner bis Juli 2007 entweder integrativ in der Gruppe oder 2-3 mal wöchentlich eine zusätzliche Sprachförderung in Kleingruppen. Diese werden von jungen arbeitslosen LehrerInnen durchgeführt und durch Bund, Land und Gemeinde Ried finanziert. Für die Eltern ist das Angebot gratis.

Maria Wageneder, die an der Erarbeitung des Konzeptes maßgeblich mitgewirkt hat: „Ziel des neuen Angebotes ist es, alle Kinder, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, durch gezielte Maßnahmen zu fördern. Eigene Kurse werden in ganz OÖ ab acht Kindern angeboten. Bei weniger als acht Kindern soll dies durch gemeindeübergreifende Zusammenarbeit erreicht werden. Wichtig ist, dass dieses Angebot von den Eltern angenommen wird.“



Gaumenfreuden bei ATIB



Integrationsbüro
Leitung: Angela Schipani

A-4910 Ried im innkreis
Bahnhofstraße 40
Tel./Fax. 07752/71144
integrationsbuero.ried@volkshilfe-ooe.at
www.fluechtlingsbetreuung.at



Stadtrat David Demiryürek Ehrliches Bemühen statt billiger Polemik

Wie man mit nur einem Thema eine Wahl gewinnen kann, hat die FPÖ mit ihrem bedenklichen Wahlkampfstil bei der vergangenen Nationalratswahl sehr eindrucksvoll bewiesen.

Und dass die Rieder FPÖ gerne von Integration spricht, aber nichts von Integration hält, hat sie uns in den vergangenen Wochen und Monaten auch deutlich gezeigt. Sie leistete nicht nur Widerstand gegen das Rieder Integrationsbüro, sondern glänzte auch durch Abwesenheit bei der Präsentation des Integrationsleitbildes des Landes OÖ in der Rieder Arbeiterkammer, während alle anderen Parteien anwesend waren. Da muss man doch den Eindruck gewinnen, dass die FPÖ das Thema Integration boykottiert und es scheitern sehen will. Warum? Weil sie bei einer erfolgreichen Integrationspolitik vielleicht weniger Feindbilder hätte. Und was wäre eine FPÖ ohne Feindbilder und ohne Verwendung von Stereotypen? Sie müsste sich glatt mit anderen Themen beschäftigen und befürchten, damit bei Wahlen schlechter abzuschneiden. Doch wie sieht eigentlich die Integrationspolitik der FPÖ aus? Abschieben? Rauswerfen? Oder wie FP-Fraktionsobmann Elmar Podgorschek meint, die EU zu Hilfe holen? Vielleicht jene EU, die seit jeher Feindbild der FPÖ ist? Das verwundert. Sinnvoller wäre es wohl, jenen integrativen Maßnahmen die Zustimmung zu erteilen, die vor Ort ergriffen werden können, beispielsweise dem Integrationsbüro. Da hat sich die FPÖ aber verweigert. Integration braucht ehrli-

ches Bemühen, von Seiten der Migrantinnen und Migranten, aber auch von Seiten der einheimischen Bevölkerung. Billige Polemik ist fehl am Platz und führt ganz sicher nicht zum Ziel. Wie polemisch die FPÖ beim Thema Integration ist, beweist Podgorschek auch mit der Behauptung, dass sich hunderte Ausländer im Rieder Stadtpark aufhielten und er dies indirekt mit Integrationsunwillen gleichsetzt. Woher weiß Podgorschek, in welchem Ausmaß sich ein Mensch in unsere Gesellschaft bereits integriert hat? Erkennt er es daran, wie dieser Mensch geht, sitzt, lacht oder mit seinen Kindern im Park spielt? Das ist reine Stimmungsmache und ein Spiel mit dem Feuer. Durch sein Interview in der Rieder Rundschau und dem darin enthaltenen Verweis auf die Integrationspolitik in den USA hat sich Podgorschek übrigens selbst in eine Sackgasse geführt. Die amerikanische Integrationsidee des „Melting-pot“ (Schmelztiegel) geht nämlich davon aus, dass sich durch Zuwanderung auch die Aufnahmegesellschaft verändert und daraus eine neue Identität entsteht. Wollen die Freiheitlichen das wirklich oder hat er nur einen „unglücklichen“ Vergleich gemacht?

Es ist Aufgabe der Politik, für die Menschen zu arbeiten und nicht gegen sie, egal, welche Herkunft sie haben. MigrantInnen haben das Recht darauf, dass man sich auch ihrer Sorgen und Ängste annimmt und dass man sie an unserer Gesellschaft teilhaben lässt. Aber sie haben auch Pflichten: Respekt vor unseren Gesetzen, der demokratischen Grundordnung, die Achtung der Frauenrechte und vieles mehr. Es ist auch als bedenklich zu werten, wenn Podgorschek meint, das Integrationsbüro würde nur dazu dienen, die MigrantInnen darüber aufzuklären, wie sie das System ausnutzen können. Podgorschek weiß natürlich, dass das nicht stimmt. Aber warum die Wahrheit sagen, wenn sich mit der Unwahrheit Stimmung machen lässt – natürlich zugunsten der FPÖ, aber eben auf Kosten jener, die kein Sprachrohr und keine Lobby haben. MigrantInnen sind Teil unserer Gesellschaft und unseres Wirtschaftslebens. Als Billig-Arbeitskräfte sind sie für manche Unternehmen wohl auch ein Wettbewerbsfaktor. Können die Wirtschaftsunternehmen ohne MigrantInnen auskommen? Ich glaube nicht. Deshalb finde ich es sonderbar, dass die Wirtschaft – auch in Ried – immer nur schweigt und nichts zu dieser Thematik zu sagen hat. Ich denke, dass es für Unternehmer endlich an der Zeit wäre, öffentlich Stellung zu beziehen und sich aktiv an dieser Debatte zu beteiligen.



Die „Mixed Pickles“ aus Braunau beim Eröffnungsfest des Integrationsbüros

Integrationsleitbild für Oberösterreich

Der 31. März 2006 war für Gunther Trübswasser, dem Klubobmann der GRÜNEN im oberösterreichischen Landtag, ein ganz besonders erfreulicher Tag. Basierend auf dem Regierungsbereinkommen von 2003 zwischen ÖVP und den GRÜNEN und abgesichert durch eine Mehrheit im Landtag und in der Landesregierung, fand an diesem Tag in Linz jene Auftaktveranstaltung statt, mit der der bis Ende 2007 dauernde Prozess zur Erstellung eines Integrationsleitbildes für OÖ in seine konkrete Umsetzungsphase ging.

Zuvor war die Gesamtleitung dieses Projekts an den Schweizer Dipl.-Sozialwissenschaftler Kenan Güngör vom Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwicklung in Basel übertragen und ein Lenkungsausschuss gebildet worden, dem – unter Vorsitz von LR Josef Ackerl (SPÖ) – VertreterInnen aus Politik, Verwaltung, Gemeinden, NGOs und MigrantInnen angehören. Als Wissensgrundlage wurde vom Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz der „Integrationsbericht 2006 – eine Bestandsaufnahme der IST-Situation“ vorgelegt. Dieser Bericht macht unter anderem ersichtlich, wovon eigentlich die Rede ist, wenn von „AusländerInnen, Flüchtlingen, MigrantInnen oder von Menschen mit Migrationshintergrund“ gesprochen wird: „Es geht um Menschen, die in Österreich mit der Mehrheitsgesellschaft zusammenleben wollen“, so Sozial-Landesrat Ackerl in seinem Vorwort des über 80 Seiten langen Berichts. Dieser Bericht bildet auch die Grundlage für jene Informationen zum Thema Migration und Integration, die wir Ihnen, werte GRÜNSPECHT-LeserInnen, in dieser und in den nächsten Ausgaben weitergeben wollen. Wissen als Grundlage für ein besseres Verständnis von Integrationsmaßnahmen.

Arbeitskreise

Seit der oben erwähnten Auftaktveranstaltung wurden vom Lenkungsausschuss interessierte Menschen aus verschiedensten Institutionen, Gemeinschaften und öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Vereinen, Schulen, Universitäten, Jugendzentren, Tourismusbüros, Religionsgemeinschaften etc. in folgende Arbeitskreise nominiert:

- Erziehung, Bildung, Schule
- Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Ausbildung
- Verwaltung, Gleichstellung, Partizipation, Sicherheit
- Gesundheit, Pflege, Versorgung
- Wohnen, Wohnumfeld, Zusammenleben
- Kultur, Religion
- Freizeit, Sport

Regionalveranstaltungen

Im Herbst dieses Jahres fanden dann die Regionalveranstaltungen in den Bezirken statt, in denen der Entstehungsprozess des Integrationsleitbildes vorgestellt wurde. Dass sowohl der Besuch als auch das Engagement der Beteiligten am 5. Oktober 2006 in der AK-Ried besonders hervorgehoben wurde, ist erfreulich. Bei dieser Veranstaltung wurden auch Ergebnisse der Bürgermeister-Befragung der Bezirke Ried und Schärding bekannt gegeben. Ergebnisse, die einen Teil der „Empirischen Studie zu den integrationsrelevanten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Perspektiven in den Gemeinden Oberösterreichs“ ausmachen.

Wie schaut's nun aus in Oberösterreich?

Die Bevölkerung von Oberösterreich steht mitten im Wandel. Neben dem Aspekt, dass sie immer älter wird, geht sie mit einer tiefgreifenden Pluralisierung in sozialer, struk-



tureller und kultureller Hinsicht einher. Mit den Migrationsbewegungen der vergangenen vierzig Jahre nahm darüber hinaus die ethnische, kulturelle und sprachliche Vielfalt zu. Die Migrationsbevölkerung lebt zum Teil in der vierten Generation in Österreich und bildet somit einen wesentlichen Bestandteil der oberösterreichischen Gesellschaft.

Im Rahmen der Volkszählung wird alle zehn Jahre ein sehr genaues Bild der Bevölkerung in ganz Österreich erhoben. 2001 hatten knapp 100.000 Personen, d.s. rund 7,2% der Bevölkerung in Oberösterreich eine ausländische Staatsbürgerschaft. Damit liegt unser Bundesland unter dem österreichischen Durchschnitt von 8,9%, wobei dieser hohe Wert vor allem durch Wien mit einem Anteil von 16,9% der Bevölkerung aus EU-Staaten oder sogenannten Drittstaaten erreicht wird.

Bezirke

Laut Volkszählung 2001 ist Linz mit 22.100 die Stadt mit den meisten MigrantInnen, gefolgt von den Bezirken Linz-Land (11.100), Wels und Vöcklabruck (je 9.000). Die geringste Anzahl weisen Freistadt und Eferding auf. In den drei Innviertler Bezirken macht der AusländerInnenanteil in Braunau 7.200, in Ried 3.200 und in Schärding 3.100 aus. In Prozenten bedeutet dies enorme Unterschiede: Mit 15,9% hat Wels den höchsten Wert, gefolgt von Steyr (12,6%) und Linz (12,1%). Liegt Braunau mit 7,5% knapp über dem Landesschnitt von 7,2%, so liegen die Bezirke Ried mit 5,6% und Schärding mit 5,4% darunter. Die drei Bezirke mit dem niedrigsten Anteil sind im Mühlviertel.

Gemeinden

Betrachtet man die Verteilung der Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft auf Gemeindeebene, so fällt auf, dass von den 445 Gemeinden Oberösterreichs 368 einen AusländerInnenanteil unter dem Landesdurchschnitt von 7,2% haben. Es gibt sogar zwei Gemeinden, in denen nur ÖsterreicherInnen leben. 77 Gemeinden weisen einen höheren Anteil als 7,2% auf. Die Gemeinde Mondsee hat mit 17,8% den höchsten AusländerInnenanteil (3/5 aus Ex-Jugoslawien, 1/6 Deutsche), gefolgt von Vichtenstein, Mattighofen, Wels, Steinbach am Attersee, Traun, Attnang-Puchheim, Schwanenstadt und St. Georgen im Attergau (13,7%), wo sich bekanntlich ein Flüchtlingslager befindet.

Herkunftsländer

Die Namen dieser neun oberösterreichischen Gemeinden mit dem höchsten AusländerInnenanteil lassen schon erahnen, dass es in der Zusammensetzung der nicht-österreichischen Bevölkerung beträchtliche Unterschiede gibt. Die drei größten Gruppen sind Personen mit einer Staatsbürgerschaft aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei und aus Deutschland. Dazu liegen auch Zahlen aus dem Jahr 2004 vor und diese zeigen, dass Menschen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens mit 45% mit Abstand die größte Gruppe sind. 14,5% geben als ihr Herkunftsland die Türkei an und 12,4% Deutschland, was sich wegen der Grenz Nähe auch und besonders im Innviertel niederschlägt. 24% kommen aus anderen EU-Staaten, aus künftigen Mitgliedsstaaten und sonstigen Staaten, und 4,2% sind Staatenlose und Menschen mit ungeklärter oder unbekannter Staatsbürgerschaft.

Umgangssprache und Geburtsland

Nationalität selbst ist ein sehr ungenaues Messinstrument, um den migrantischen Hintergrund von Personen zu bestimmen. Die Frage nach der Umgangssprache bzw.

nach dem Geburtsort kann zur Klärung beitragen. So nannten etwa 30.000 der OberösterreicherInnen mit einer österreichischen Staatsbürgerschaft eine nicht-deutsche Umgangssprache in der letzten Volkszählung. Deutsch ist für 91,8% der Bevölkerung in OÖ die einzige Sprache. 5,8% wenden im Alltag neben Deutsch noch eine andere Sprache an, während rund 2,4% als Umgangssprache nicht Deutsch reden.

10,5% der OberösterreicherInnen sind im Ausland geboren, das sind rund 145.000 Personen, wobei davon 62.000 (43%) inzwischen die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben: Geburtsland: 22% Deutschland, 14% Tschechien, 12% Rumänien, 11% Serbien und Montenegro, 6% Bosnien und Herzegowina, 5% Kroatien, 4% Türkei, 3% Polen, 23% andere Nationen oder staatenlos.

Rund 17.000 Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft wurden in Oberösterreich geboren, dies sind Personen, die zur sogenannten zweiten bzw. dritten Generation gehören.

Alter, Geschlecht

Generell gilt, dass ausländische StaatsbürgerInnen beiderlei Geschlechts überaus jung sind im Vergleich zu Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Einerseits können nur länger in Österreich lebende MigrantInnen eine Staatsbürgerschaft beantragen, andererseits sind jüngere Menschen eher bereit in ein anderes Land zu ziehen. Geschlechtsunterschiede sind nicht mehr so stark ausgeprägt wie früher, als verstärkt Männer aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien einwanderten. Langsam gleicht sich die Relation zwischen Frauen und Männern aus, den stärksten Überhang bei Männern gibt es noch bei Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft.

Österreichische Staatsbürgerinnen bekommen im Schnitt 1,39 Kinder, während Frauen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft eine Fertilitätsrate von 2,21 aufweisen. Türkeistämmige Frauen, die in Oberösterreich leben, haben eine Fruchtbarkeitsrate von 3,07. Etwas darunter mit 2,52 liegt sie bei Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Bei deutschen Migrantinnen liegt sie bei 1,51.

Religion

Oberösterreich ist nach wie vor ein katholisches Land. 80% bekennen sich zu diesem Glauben. An zweiter Stelle liegt mit 8,7% die Gruppe ohne Glaubensbekenntnis. 4,4% gehören der evangelischen Kirche an, 4,04% bekennen sich zum islamischen Glauben. 1,3% sind Orthodoxe und 0,86% bekennen sich zu anderen christlichen Gemeinschaften.

Dr. Wolfgang Pirker

Fortsetzung im nächsten GRÜNSPECHT.



Landtagsabgeordnete Maria Wageneder Leitbild - wozu?

Leitbilder und Leitbildprozesse sind Ausdruck dafür, dass dem Thema zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt wird und sich die Politik vermehrt zuständig für diese Materie fühlt. Die Nagelprobe für dieses Projekt wird sein: wie weit beteiligen sich relevante Vereine, Institutionen und Gemeinden vor Ort an diesem Prozess und setzen dann konkrete Maßnahmen? Es geht in erster Linie um einen Austausch von Informationen, um ein besseres gegenseitiges Kennenlernen, um gegenseitige Akzeptanz und um neue Wege, die für ein besseres Miteinander beschritten werden. Erste wichtige Schritte in Ried sind etwa die Einrichtung des Integrationsbüros und Sprachkurse im Kindergarten. Weitere konkrete Vorhaben in Ried wären etwa die Einrichtung eines Integrationsbeirates auf politischer Ebene, oder die Beteiligung von Frauen und Männern anderer Kulturen an etablierten Organisationen, wie Feuerwehr und Rotes Kreuz.

SPRECHTAG mit LAbg. Maria Wageneder
Donnerstag, 21. Dez. 2006 ab 15.00Uhr
GRÜNES Büro Ried, Bahnhofstr. 20, 1.Stock
Vorankündigung bitte unter:
0732/ 7720-87 (Ingeburg Pointl)



Nicht schlecht staunten Albanien-spezialist Joachim Kana (St. Martin) und Dr. Benno Wageneder bei ihrer letzten Kosovoreise Ende Oktober 2006 in Gornija Rapza, 36 km südlich von Prizren. „Welcome to the Großfurtner“ stand auf eine Hauswand gesprayt.

Der wichtigste Arbeitgeber für dieses moslemische Dorf der slawischen Minderheit der Goranzi scheint der EU-Schlachthof im Innviertel zu sein. Tatsächlich gibt es im Bergland zwischen Albanien und Mazedonien so gut wie keine Arbeitsplätze für die Menschen. Seit Jahrzehnten pendeln sie aus – früher in die wirtschaftlich stärkeren Gebiete von Titos Jugoslawien, später nach Utzenaich. Eine österreichische Fact Finding Mission stellte erstaunt fest, dass ein Gastarbeiter den Unterhalt für bis zu neun Personen erwirtschaftet. Ohne Transferzahlungen der MigrantInnen müssten die Leute wahrscheinlich verhungern. Leider wird es aber immer schwieriger, in Österreich und Deutschland eine Aufenthaltsbewilligung zu bekommen.

Frauenberatung

Wenn frau der Schuh drückt, bietet die Frauenberatungsstelle individuelle Unterstützung an.

Bei Fragen zu Arbeitsplatz, Fortbildung, Karriere, aber auch bei familiären oder persönlichen Fragen engagieren sich die beiden Beraterinnen, Gerlinde Zdralek und Evelyn Leitner, seit einem Jahr für die Rat suchenden Frauen.

Bereits 300 Frauen nahmen 2006 diesen Service in Anspruch.

Träger dieser Beratungsstelle ist der überparteiliche Frauenverein Frauennetzwerk 3, dem LAbg Maria Wageneder als Obfrau vorsteht.

Die Frauenberatung befindet sich neuerdings in der Johannesgasse 3.

Interventionsstelle

Im gleichen Haus arbeitet ab Jänner 2007 auch die Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie. Die Interventionsstelle begleitet und unterstützt Menschen, wenn der/die Partner/In wegen Gewaltausübung nach dem Wegweiserecht das Haus verlassen muss.

Diese Beratungseinrichtung arbeitet eng mit der Exekutive zusammen.

Zu 90 Prozent sind Frauen die Opfer, jede fünfte Frau ist von Gewalt betroffen.

Grüner Frauenfilmabend 2007

Alle CineastInnen und Frauen, die gerne mit uns den Internationalen Weltfrauentag feiern wollen, können sich freuen.

Auch 2007 gibt es am 8. März wieder filmische Leckerbissen und brandneue Streifen von Frauen, die verschiedene Facetten von Frauenleben zeigen.



GR Dr. Benno Wageneder Sparen verboten?

Erst im April 2006 beschloss der Gemeinderat ein Budget für das laufende Jahr. Finanzstadtrat Dr. Brückl (VP) hatte verschiedene Einsparungsbeschlüsse vorgeschlagen. Diese wurden im Rahmen des Budgets mitgeschlossen.

Beispielsweise sollte die Eissporthalle erst kurz vor Advent die Tore öffnen. Die Schulbeginnbeihilfe sollte als Doppelförderung gestrichen werden.

Ende November stellt sich heraus, dass die Budgetbegleitbeschlüsse das Papier nicht wert sind, auf dem sie gedruckt stehen. Finanzstadtrat Brückl traute seinen Augen nicht, als ihm der Pächter der Eissporthalle und sein Bürgermeister in seiner Gratiszeitung entgegen lachten und die Eröffnung der Eislaufsaison Ende Oktober bei warmem Wetter verkündeten. Von fehlender Informationsweitergabe spricht Brückl. „Der Pächter hat doch gewusst, dass er später aufsperrt“, wissen Insider. Die vom Gemeinderat gestrichene Schulbeginnbeihilfe zahlte das Amt im Bürgermeistervor-

zimmer anstandslos aus. Gebucht wurden die Auszahlungen unter der Position „Verfügbarmittel des Bürgermeisters“. Die Auszahlung war ein Fehler des Amtes, beteuert Brückl. Der Bürgermeister habe keine Schuld. Das Schreiben an die Betroffenen sei einfach automatisch wie in den vergangenen Jahren ausgeschickt worden. Klar ist, dass Ortig mit seinen Verfügungsmitteln (0,3 % von 28 Mio Euro) nicht die Sparmaßnahmen des Gemeinderates aushebeln kann. Absicht oder Vorsatz sind bislang nicht zu beweisen. Ebenso wenig, dass der Bürgermeister seinem Parteifreund und Finanzstadtrat in den Rücken fällt. So bekommen halt irgendwelche Beamte wieder den Schwarzen Peter zugeschoben. Sparen verboten?

Cafe im Park

Im alten Stadtpark soll bald das alte Blockhaus abgerissen werden.

Die GRÜNEN schlagen die Vergabe des Bauplatzes an einen Investor vor, der dort auf eigene Kosten in Form eines Superädifikates ein Cafehaus errichtet. So entstehen für die Stadtgemeinde kaum Kosten und es käme durch ein Cafehaus zur Aufwertung der Bahnhofstraße und zu einer besseren Nahversorgung für die umliegenden Gerichte und Ämter.

Aus dem Umweltausschuss

Ein Hauptthema in den Sitzungen ist immer wieder das leidige Problem der verschmutzten Containerstandorte. Eine Lösung ist in Sicht.

In mehreren Lokalaugenscheinen hat sich der Ausschuss auch selber schon von der geringen Trennungsmoral mancher Zeitgenossen überzeugen müssen. Grobe Fehlwürfe gab es in allen Containern, beim Altpapier kommt noch dazu, dass manche Leute ganze Kartonschachteln einwerfen und diese dann sehr viel Volumen einnehmen. Der Container quillt über, das Papier wird daneben abgelegt und der Wind verteilt es in der ganzen Umgebung. Schon mehrere Altpapiercontainer wurden deswegen ganz entfernt und fleißige SammlerInnen können ihr Altpapier nicht mehr in vertretbarer Entfernung abgeben.

Schon öfter wurde im Ausschuss eine Umstellung auf Hausabholung andiskutiert. Jetzt steht diese wieder zur Diskussion. Erfahrungen aus anderen Gemeinden zeigen,

dass die Hausabholung von den BürgerInnen durchwegs positiv bewertet und die Trennmoral noch besser wird.

Wie könnte das neue System aussehen? Den Haushalten und Wohnungsgenossenschaften, die umsteigen wollen, werden 240-Liter-Kunststofftonnen bzw. 1100-Liter-Container gratis zur Verfügung gestellt und alle 8 Wochen kostenlos entleert.

Es hat sich gezeigt, dass durch diese Möglichkeit die Menge des Restabfalls in der normalen Mülltonne um einiges gesenkt werden kann. Dadurch sinken für die Gemeinde die Kosten der Restabfallentsorgung und gleichzeitig können durch eine größere Sammelmenge beim Altpapier auch Mehreinnahmen entstehen, so dass die für die Stadt entstehenden Mehrkosten abgedeckt würden. Insgesamt ergäben sich also durch diese Umstellung vor allem auch ökologische Vorteile. Wir setzen uns dafür ein, dass bald umgestellt wird.

GR Max Gramberger



Wildfellnerstraße



Rapolterstraße

Es gefällt uns, ...

... dass im Pfarrerrhölzl endlich saniert wird. Die dortige Fichtenmonokultur gehört nämlich der Gemeinde. Mit Unterstützung des Landes OÖ. wird nun dort ein standortgerechter Mischwald entstehen.

... dass in der Eberschwangerstraße im Bereich Gonetsreith von der Fa. Bortenschlager weg ein Geh- und Radweg errichtet wird. Nach einem tödlichen Unfall vor mehreren Jahren wird dort endlich reagiert.

... dass am Rieder Messegelände keine Motorsportveranstaltungen mehr abgehalten werden dürfen. Sie sind auch aus ökologischen Gründen nicht vertretbar.

... dass in Ried mehrere Bürgerinitiativen aktiv sind, um sich für ihre Interessen einzusetzen. Sie sind ein wichtiger Baustein der Demokratie.

... dass es in Ried bald eine Bürgerservicestelle geben wird, in der verschiedenste Behördenkontakte schnell erledigt werden können. Ein Vorbild dafür kann die Servicestelle in der Bezirkshauptmannschaft sein.

Es gefällt uns nicht, ...

... dass in Ried wieder auf allen Straßenzügen gesalzen wird, auch in den Wohngebieten, wo Räumung und Splittstreuung genügen würden.

... dass der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen hat, ein Grundstück zu – wie wir meinen – überhöhtem Preis anzukaufen. Wir begrüßen den Erwerb, verlangen aber einen sorgsameren Umgang mit Steuergeldern.

... dass erneuerbare Energien kaum eine Rolle in der Rieder Politik spielen. Als Eigentümerin der Energie Ried gäbe es dafür gute Möglichkeiten. Anscheinend sind zwar Ökologie und Nachhaltigkeit gerne in den Mund genommene Schlagworte, haben aber keine Bedeutung in der politischen Praxis. Während andere Gemeinden wie Antiesenhofen, St. Georgen, oder Taiskirchen klare Signale setzen, hat sich in Ried bis jetzt keine Mehrheit dafür gefunden.



Kinderfest 2006

Traumhaftes Wetter, toller Besuch, beste Stimmung wir haben es genossen, unsere kleinen und großen Gäste auch!



Auf Wiedersehen im September 2007!

Nach der Wahl

Wie lange dauert eigentlich eine Legislaturperiode? Diese Frage stellen sich nicht wenige WählerInnen angesichts der Tatsache, dass am 1.Oktober 2006 zwar der Nationalrat neu gewählt wurde, bis heute aber noch keine neue Regierung steht. Ob nun die Große Koalition kommt oder doch noch ÖVP-BZÖ-FPÖ oder schon Neuwahlen vorbereitet werden, sollte sich demnächst entscheiden, sofern es – während Sie diese Zeilen lesen – nicht schon entschieden wurde.

Wer hätte schon gedacht, dass der „Macher und Siegertyp“ Wolfgang Schüssel ein Minus von 8% einfährt und – unter dem „Schroder-Syndrom“ leidend – nicht zurücktreten will. Und wer hätte gedacht, dass mit Alfred Gusenbauer ein Charismatiker der Kategorie Angela Merkel bei einem Minuswachstum von 1,2% Kanzler werden könnte? Merkel wurde es bekanntlich auch. Dass das BZÖ außerhalb Kärntens kaum wahrnehmbar ist und als letztes Projekt des Auslaufmodells Jörg Haider betrachtet wird, ist leider nur ein schwacher Trost angesichts des Wiedererstarkens der FPÖ unter H.C. Strache. Somit hat auch die Strategie Schüssels, Haider durch Einbinden zu bändigen, nicht wirklich etwas gebracht. Aus GRÜNER Sicht sind wir es seit Jahren gewohnt, Wahlergebnisse längerfristig zu betrachten und nicht primär Regierungsspekulation zu betreiben. Auch wenn die Zeit reif für einen Wechsel unter GRÜNER Regierungsbeteiligung gewesen wäre, ist die Freude über den neuerlichen Zuegewinn und die nunmehr erreichten österreichweiten 11% (mit Wahlkarten) groß. In Oberösterreich lag das Ergebnis bei 10,2%. Noch nie waren die GRÜNEN so gut wie diesmal. Und das in allen Regionen aller Bundesländer. Auch bei uns.

Zwar ist das Innviertel ein schwer zu beackernder Boden, ländlich geprägt und traditionell – fast bayerisch – konservativ. Mühevoll Arbeit scheint sich jedoch zu lohnen und so erreichten die GRÜNEN im Bezirk Schärching immerhin 6% der Stimmen. Ohne Wahlkarten, da diese nur dem Landes-Wahlkreis OÖ zugerechnet werden. Der Bezirk Braunau steht aus GRÜNER Sicht schon seit jeher besser da, und somit waren die erreichten 7,4% keine Überraschung mehr. Große Freude kommt über die 8,1% für den Bezirk Ried auf, der damit das beste Ergebnis der Innviertler Bezirke aufweist.

Betrachtet man die Ergebnisse in den Gemeinden, so fällt auf, dass dort, wo GRÜNE in der Kommunalpolitik mitmischen, durchwegs Spitzenwerte erzielt wurden. Dies gilt im Bezirk Ried für die Stadt Ried, die mit 12,5% vor Tumeltsham (12,3%) und St. Georgen (11,4%) lag. Auch die „GRÜN-Ge-

meinden“ Hohenzell (9,2%), Eberschwang (8,3%) und St. Martin (8,0%) schnitten hervorragend ab. Dass mit Neuhofen, Mörschwang, Mühlheim, Taiskirchen und Senftenbach weitere fünf Gemeinden zwischen 8% und 11% lagen, weitere fünf Gemeinden über 7% erreichten und es überhaupt nur noch fünf Gemeinden mit einem geringeren Anteil als 5% gab (davon keine einzige unter 4%), zeigt, was für eine Erfolgsgeschichte die Entwicklung der GRÜNEN in Wirklichkeit ist und vor allem, welches Potential bisher noch gar nicht ausgeschöpft wurde. Man kann davon ausgehen, dass mittlerweile in jeder Gemeinde im Bezirk der Einzug in den Gemeinderat gelingt, wenn sich nur KandidatInnen dafür finden. Das wird die wichtigste Aufgabe für die nächsten Jahre werden.

Dr. Wolfgang Pirker

Liebe GRÜNSPECHT-LeserInnen,

seit mehr als 20 Jahren berichten wir über politische Angelegenheiten der Gemeinde Ried, behandeln aber auch immer wieder Themen, die weit über die Grenzen unserer Stadt hinausreichen.

Ob Sie nun selbst in Ried wohnhaft oder berufstätig sind, Ihre Einkäufe hier tätigen oder Ihre Freizeit in Ried verbringen: vielleicht gehören Sie zu jenen Personen, die schon länger GRÜN wählen, es einmal riskiert und nicht bereut haben oder dies beim nächsten Mal ganz sicher vorhaben. Oder vielleicht haben Sie sich auch schon einmal überlegt, bei uns in Ried oder bei einer unserer bestehenden Gemeindegruppen mitzuarbeiten, oder gar eine neue Gruppe zu gründen. Oder vielleicht kennen Sie Personen, die Ihnen geeignet scheinen ... Sie wissen schon!

Wir freuen uns über interessierte Menschen, die zumindest ein Stück ihres Lebens in den Dienst der politischen Verantwortung zu stellen bereit sind. Über Menschen, die erkennen, dass Demokratie kein Geschenk von irgendwem ist, sondern immer wieder aufs Neue gelernt und gepflegt werden muss. Wir freuen uns also über Menschen, die den Weg zu uns finden und mitmachen wollen.

Wir bieten eine Grundschulung, damit der Sprung ins kalte Wasser nicht zu Verkühlungen führt, und wir bieten eine ständige Begleitung, damit nie das Gefühl aufkommt, von der Last der Verantwortung erdrückt zu werden oder völlig allein politisch agieren zu müssen. Das war einmal, in der Pionierzeit der GRÜNEN, vor 20 Jahren oder so ... Wenn Sie Interesse haben, so freuen wir uns über Ihre unverbindliche Anfrage unter ried@gruene.at oder Ihren Anruf unter 86808 (Max Gramberger, Stadt Ried) bzw. 07752/81023 (Dr. Benno Wageneder, Bezirk Ried).

Die Grüne Landesseite

Gentechnikfrei und Bio – das schmeckt!

Grüne Argumente für mehr Lebensmittelsicherheit, denn „Essen heißt Genießen!“

Essen bloß um satt zu werden? Das ist schon lange vorbei! Heute dreht sich alles um Genuss, Lebensfreude und Gesundheit. Doch schleichende Umweltvergiftung und wachsende Möglichkeiten der Chemie bedrohen unsere Lebensmittel, ernährungsbedingte Krankheiten nehmen zu. „Deshalb: Nein zur Gentechnik in unseren Lebensmitteln und ja zu Bio!“ fordert der Grüne Agrarsprecher Wolfgang Pirkhuber.

Auf regionale Produkte achten

Zahlreiche anerkannte österreichische Bio-Gütezeichen weisen den KonsumentInnen den richtigen Weg, wenn sie vor den Regalen im Supermarkt stehen. Ein zweiter bedeutender Indikator ist die Regionalität. Pirkhuber: „Achten Sie darauf, woher die Lebensmittel stammen. Deren Transport über tausende von Kilometern wirkt sich nicht nur katastrophal auf die Klimabilanz und die heimischen Arbeitsplätze aus, dieser Transport ist meist auch der Qualität abträglich.“

Ein Alarmsignal sind die sich häufenden Skandale in der Nahrungsmittelindustrie – Schlagworte wie Gammelfleisch, Genteck-Reis und Pestizidskandal füllen oft wochenlang die Medien und belegen, wie dringend effiziente Kontrollen auf diesem Sektor sind, aber auch, wie „sehr es die KonsumentInnen selber in der Hand haben, durch ihr Einkaufsverhalten diesen Markt zumindest teilweise zu steuern“, ist der Grüne Lebensmittelexperte Pirkhuber überzeugt.

Politik mit dem Einkaufskorb

Um hier den KonsumentInnen mehr Informationen und mehr Sicherheit beim täglichen Einkauf zu geben, hat Pirkhuber zusammen mit seiner oberösterreichischen Nationalratskollegin Gabriela Moser und der Dritten Nationalratspräsidentin Eva Glawischnig-Piesczek eine Informationsbroschüre unter dem Titel „Sicher Gentechnikfrei! Lebensmitteltipps der Grünen“ herausgegeben.

Gentechnikfrei

Die Broschüre „Sicher Gentechnikfrei! Lebensmitteltipps der Grünen“ ist erhältlich bei: Die Grünen OÖ, Landgutstraße 17, 4040 Linz

Darin werden die Grünen Argumente stimmig dargelegt:

- > Lebensmittel-Sicherheit hat absoluten Vorrang
- > Vorsorgeprinzip in der Lebensmittelerzeugung
- > Kein Kniefall vor der Genteck-Lobby und
- > Transparenz für bewusste KonsumentInnen

Einen weiteren Schwerpunkt der Broschüre bilden konkrete Tipps für den Einkauf, denn

„mit dem Einkaufskorb kann man tatsächlich Politik betreiben“, weiß Gabriela Moser. Und Eva Glawischnig-Piesczek ist überzeugt: „KonsumentInnen haben ein Recht auf gesunde, sichere und gentechnikfreie Lebensmittel. Die Grünen stehen für volle Transparenz, eine starke Lebensmittelkontrolle, den Ausbau der Biolandwirtschaft, artgerechte Tierhaltung und den konsequenten Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft.“

Dietmar Spöcker



„Mein Kind ist gut betreut“

Grüne Konzepte für moderne Kinderbetreuung im Neuen Kinderbetreuungsgesetz verwirklicht

„Mein Kind ist gut betreut“ – diese Gewissheit soll in Oberösterreich für Eltern, die Kinderbetreuung brauchen und wünschen selbstverständlich werden. „Der Entwurf des neuen Kinderbetreuungsgesetzes verankert viele Regelungen, die helfen, diesem Auftrag in Zukunft noch gerechter zu werden“, weiß die Grüne Familiensprecherin Maria Wageneder.

Die Höhepunkte des Gesetzes aus Grüner Sicht sind bedarfsgerechte Planungen und Ausbau der Betreuungsplätze (auch für Unter-Dreijährige und Schulkinder), aus-

reichende Tagesöffnungszeiten (vor allem in den Nachmittagsstunden) und familienfreundlichere Jahresöffnungszeiten (das betrifft in erster Linie eine Öffnung in den Schulferien). Und damit sich jede Familie den Kindergartenbesuch auch leisten kann, werden die Elternbeiträge sozial gestaffelt.

Wageneder: „Ich freue mich über diesen großen Schritt in Richtung qualitätsvolle Betreuungsplätze für alle Kinder, die diese brauchen.“ Das neue Gesetz soll noch im Frühjahr im Landtag beschlossen werden und mit Schulbeginn 2007 in Kraft treten.